



LUZERN DAS STADTMAGAZIN

Ausgabe #02, Mai 2012

3 STADTREGION IST
UND BLEIBT THEMA

VERKEHR AM LIMIT

21 NEUES PARLAMENT
STABILE VERHÄLTNISSE

PORTRÄT:
TERESINA MAZZEI



Kurt Bieder
Baudirektor



IMPRESSUM

Verantwortlich:
Stelle für Kommunikation
Niklaus Zeier
Dagmar Christen

Autorinnen / Autoren:
Daniel Arnold (Aktuell)
Saskia Baettig (SB)
Melchior Bendel (MB)
Pirmin Bossart
Flavian Cajacob
Dagmar Christen (DC)
Johannes Kunz
Sebastian Meyer (SM)
Ursula Moser
Tanja Müller (TM)
Christine Weber
Patrick Weibel (PW)
Niklaus Zeier (NZ)

Korrektorat:
Daniela Kessler

Erscheint fünfmal jährlich
in einer Auflage von
50'000 Exemplaren

Grafik / Plan:
hofmann.to

Bilder:
Franca Pedrazetti (Front,
4, 6, 8, 9, 14, 15, 18, 20, 22,
23, 24), Beat Brechbühl
(3, 7, 10, 16, 24)

Druck:
Druckzentrum der Neuen
Luzerner Zeitung

Titelbild:
Janosch und Dominique
Rosenmund auf einer der
Hauptverkehrsachsen der
Stadt: der Pilatusstrasse.

Gedruckt auf Recycling-
Papier, hergestellt in der
Schweiz

© Stadt Luzern

NEUES STADTZENTRUM LUZERN NORD

Am Sonntag, 17. Juni 2012, stimmen wir im Kanton Luzern über die Neugestaltung des Seetalplatzes und den Hochwasserschutz ab. 190 Millionen Franken will der Kanton dafür investieren. Eine Investition, die sich mehr als lohnt. Sie gibt uns die einmalige Chance, die Verkehrsprobleme am Seetalplatz zu lösen und dafür zu sorgen, dass die Kleine Emme und die Reuss bei ähnlichen Wassermengen wie beim Hochwasser von 2005 nicht mehr über die Ufer treten.

Für die Stadt Luzern und Emmen ist diese Investition zudem die Voraussetzung für den Bau eines neuen Stadtzentrums Luzern Nord. Dank der Neugestaltung des Seetalplatzes werden in beiden Gemeinden Flächen entwickelt, auf denen mehr als 1000 neue Arbeitsplätze und über 600 neue Wohnungen entstehen können. Gemeinsam haben Emmen, Stadt und Kanton Luzern im Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord aufgezeigt, wie die Quartiere rund um den Seetalplatz städtebaulich aufgewertet können.

Sagen die Luzernerinnen und Luzerner Ja zum Kredit, wird sich vor allem Reussbühl grundlegend verändern. Künftig wird der Verkehr auf dem Seetalplatz auf einem grossen Einbahnring geführt. Reussbühl wird auf einer neuen Strasse entlang der Reuss umfahren. Das Zentrum, wo sich heute Autos an den Häusern vorbeizwängen, wird vom Durchgangsverkehr befreit. Dadurch wird die Lebensqualität an zentraler Lage im Stadtteil Reussbühl gesteigert. Weniger Stau und Lärm, genügend sicheren Raum für Velofahrende sowie für Fussgängerinnen und Fussgänger ist auch eines der grossen Ziele des städtischen Gesamtverkehrskonzepts. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 4 bis 9.

Von den Investitionen profitieren aber nicht nur Emmen und Luzern, sondern der ganze Kanton. Der Seetalplatz ist der wichtigste Verkehrsknoten des Kantons. Nur wenn der Verkehr hier rollt und auch der öffentliche Verkehr nicht im Stau stecken bleibt, kann er seine Funktion als Drehscheibe des Kantons wahrnehmen und kann die lokale Wirtschaft im Kanton von den guten Anbindungen zum Beispiel nach Zürich profitieren. Ein funktionierender Seetalplatz bringt Stadt und Land einander näher. Zudem eröffnen sich dem Kanton Perspektiven, auf dem Seetalplatz grosse Teile der kantonalen Verwaltung auf eigenem Boden unter einem Dach zusammenzubringen. Langfristig wäre dies für den Kanton betrieblich und finanziell ein Quantensprung.

Deshalb werde ich am 17. Juni 2012 ein überzeugtes Ja in die Urne legen.

3 NACHGEFRAGT

4 GESAMT- VERKEHRSKONZEPT



Die Stadt arbeitet mit dem Gesamtverkehrskonzept an einem sicheren, attraktiven Fussweg- und Veloroutennetz. Der öffentliche Verkehr soll priorisiert werden und die Verkehrsbelastung nicht weiter zunehmen.

10 ABSTIMMUNG



Am 17. Juni entscheiden die Stimmberechtigten über die städtische Volksinitiative «Für zahlbaren Wohnraum» des Mieterinnen- und Mieterverbands, der Grünen und der SP. Zudem entscheidet die Stadt, ob eine Ombudsstelle zur Schlichtung von Konflikten mit der Verwaltung geschaffen und ob das System der Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung definitiv eingeführt werden sollen.

14 QUARTIER



Junger und dynamischer Obergrund: Zurzeit leben 60 Asylbewerber im Quartier, bald ziehen Studierende in die ehemaligen Personalhäuser des Betagtenzentrums Eichhof, und es wird allerorten tüchtig gebaut.

16 SCHULE

18 PORTRÄT

20 AKTUELL



Hohe Qualität der Pflege sichern – Stadt mit rechtskräftigem Voranschlag 2012 und mit neuem Parlament – Erholung im Grünen mitten in der Stadt – Der Zytturm wird zum Schaulager.

24 KEHRSEITE

«ICH BIN ALLEN DANKBAR, DIE BRÜCKEN GEBAUT HABEN»

Im März sagte Emmen als letzte Gemeinde Nein zum Angebot der Stadt, Fusionsverhandlungen zu führen. Die städtische Politik zeigte sich enttäuscht, besonders Stadtpräsident Urs W. Studer.

1



Stadtpräsident Urs W. Studer, was bedeutet das Aus der «Starken Stadtregion Luzern» für Sie persönlich?

Das Nein in Emmen war für mich eine grosse Enttäuschung. Das Stranden des Projekts «Starke Stadtregion Luzern» als Ganzes ist wohl die schmerzhafteste Niederlage in meiner Amtszeit. Es ist mir heute noch nicht ganz klar, warum die Stimmberechtigten unserer Nachbargemeinden nicht einmal Fusionsgesprächen zugestimmt haben.

Ist das Projekt «Starke Stadtregion» gescheitert?

Nein, ganz und gar nicht. Littau gehört auch zur Stadtregion,

und die Fusion zwischen Luzern und dieser Gemeinde ist erfolgreich umgesetzt worden. Zudem sind sich die Gemeinden – Politikerinnen und Politiker, Parteien, Verwaltungen, Vereine – nähergekommen. Diese Kontakte helfen, die Zusammenarbeit zu verbessern. Ich bin allen dankbar, die hier Brücken gebaut haben und weiter bauen werden.

Wie beurteilen Sie die Lage in der Region Luzern?

Die bisherige Zusammenarbeit unter den Gemeinden in unserer Region ist nicht infrage gestellt. Wir haben die notwendigen Strukturen mit den Gemeinde- und Zweckverbänden.

Gemeinden, die in diesen Verbänden mitarbeiten und gemeinsame Aufgaben mitfinanzieren, sollen aber bessergestellt sein als Gemeinden, die «Trittbrettfahren» oder «Rosinen picken». Zudem: Wenn wir Angebote für die Öffentlichkeit machen wie etwa das neue Hallenbad, soll die Einwohnerschaft der Stadt Luzern zum Beispiel bei den Abo-Preisen gegenüber den anderen von Vergünstigungen profitieren.

Wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf?

Wir müssen mithelfen, den regionalen Entwicklungsträger LuzernPlus zu stärken, vor allem finanziell. Dieser Gemeindeverband, dem 25 Gemeinden angehören, nimmt die Interessen der ganzen Region gezielt wahr und vertritt sie gegenüber dem Kanton, dem Bund sowie anderen Organisationen und Regionen. Dazu ist auch der Dialog und der regelmässige Austausch mit den anderen regionalen Entwicklungsträgern im Kanton empfehlenswert.

Welche Regionalpolitik wird die Stadt künftig verfolgen?

Wir stehen vor einem markanten personellen Wechsel im Stadtrat. Es liegt daher am neuen Stadtrat, die Akzente in der Regionalpolitik zu setzen.

Wann wird Ihrer Meinung nach das Thema Fusion wieder aktuell?

Ich bin überzeugt: Das Thema bleibt wichtig, aber noch nicht in der kommenden Legislatur 2012 bis 2016. Die Stadt wird weiterhin eine offene Haltung dazu haben. Initiativen für Verhandlungen müssten aber von den Nachbargemeinden ausgehen.

Niklaus Zeier
Chef Kommunikation

1 | Unter Stadtpräsident Urs W. Studer konnte mit der Fusion von Littau und Luzern ein Anfang gemacht werden – wie es weitergeht Richtung «Starke Stadtregion Luzern», entscheidet allenfalls der neu gewählte Stadtrat.

KAMPF GEGEN DEN VERKEHRSINFARKT

Das Zentrum der Stadt Luzern erstickt zu den Stosszeiten im Verkehr. Zentrale Entlastungsprojekte wie Autobahnbypass und Tiefbahnhof stehen vor 2030 kaum zur Verfügung. Darum haben Stadt und Kanton ein Gesamtverkehrskonzept entwickelt. Dessen Umsetzung soll die Lage schon früher etwas entspannen.



1

NZ. Die Stadt Luzern lebt mit einem grossen Verkehrsproblem. Zu den Stosszeiten, vor allem am Abend, steht der Verkehr auf den Hauptachsen im Zentrum still. Viele Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, ob im Bus oder mit dem Auto, erreichen ihr Ziel nicht rechtzeitig. Die Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Nicht nur zu viele Autos befahren zu den Stosszeiten die Hauptachsen, auch die Busse stehen Kolonne. Zu viele Linien führen zum Bahnhof. Der Busstau führt zu Verspätungen auf dem ganzen Busliniennetz.

Grosser Handlungsbedarf

Es ist unbestritten: Beim öffentlichen Verkehr (ÖV) wie auch beim motorisierten Individualverkehr (MIV) besteht kurz- bis mittelfristig grosser Handlungsbedarf. Es gilt, jetzt aktiv zu werden, da sich für die kommenden Jahre ein weiterer Verkehrsanstieg abzeichnet. Das sogenannte Nachfrageswachstum der Mobilität muss aufgefangen werden, um die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt

und Kanton Luzern sicherstellen zu können. Die im Agglomerationsprogramm Luzern vorgesehenen übergeordneten Schlüsselprojekte Tiefbahnhof und Bypass Autobahn A2 mit Spangen Nord und Süd, welche zentrale Verkehrsprobleme in der Stadt Luzern lösen sollen, stehen gemäss heutiger Einschätzung erst im Zeitraum 2030 bereit. Daher gilt es, jetzt Massnahmen zu planen, die mittelfristig eine Entspannung im Verkehr bringen können. Sie sollen im Gebiet Bahnhof, Pilatusstrasse, Pilatusplatz greifen. Planungssperimeter dazu bildet der Raum Kasernenplatz, Pilatusplatz, Paulusplatz, Bundesplatz, Bahnhof, Luzernerhof und Löwenplatz (siehe Plan). Verantwortliche von Kanton, Verkehrsverbund Luzern, LuzernPlus und Stadt haben im März den entsprechenden Projektauftrag unter dem Titel «Gesamtverkehrskonzept Agglomerationszentrum Luzern» unterzeichnet.

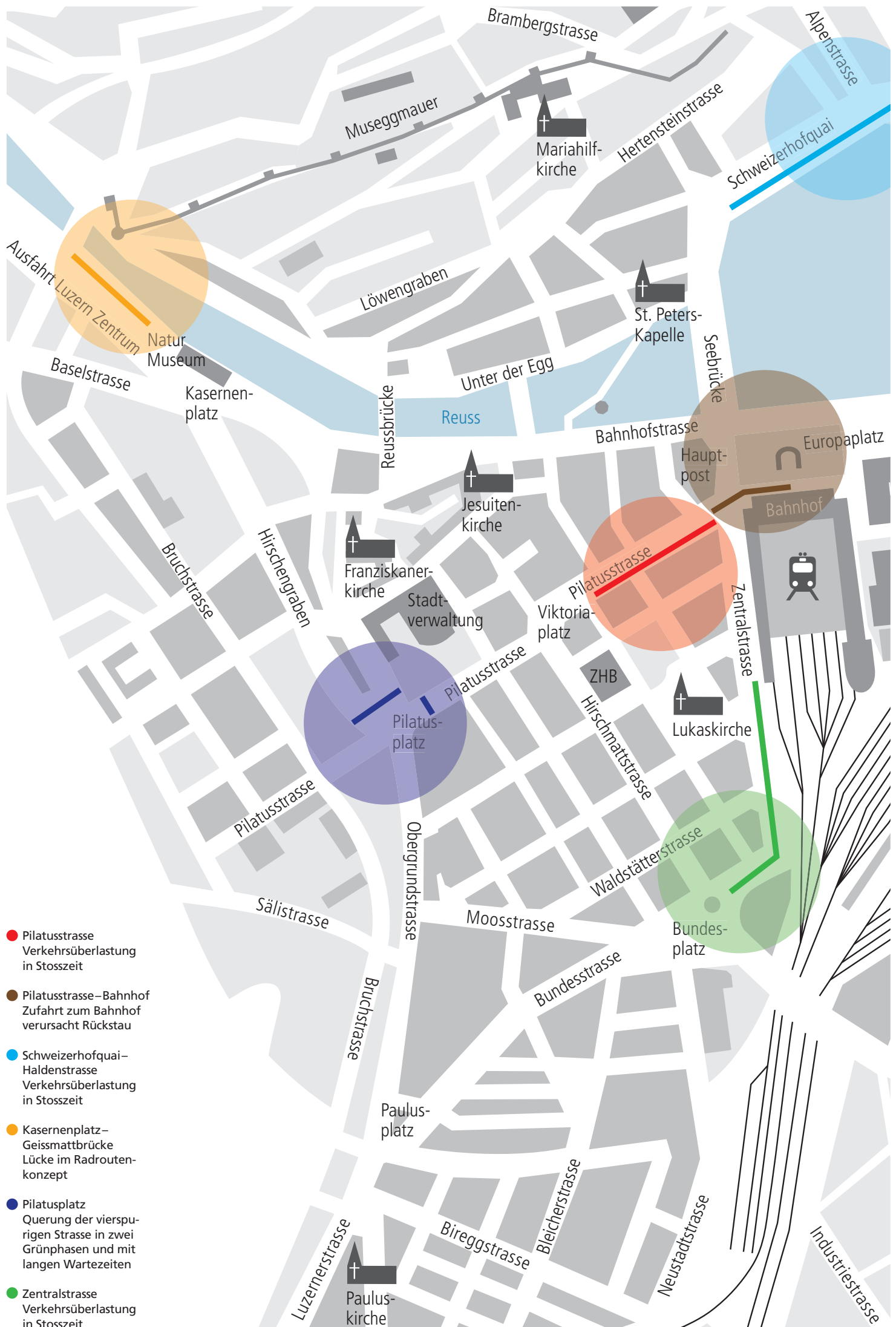
Nachhaltige Mobilität

Basis des Projekts bildet auch das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität. Dieses wurde im September 2010 an der Urne als Gegenvorschlag zur Städteinitiative angenommen. In diesem Reglement wird festgehalten, dass sich die Stadt für ein sicheres, attraktives Fussweg- und Veloroutennetz einsetzt, den öffentlichen Verkehr konsequent priorisiert sowie attraktive Transportketten für Pendler-, Einkaufs- und Freizeitverkehr ermöglichen will. Zudem soll die Verkehrsbelastung durch den MIV nicht weiter zunehmen.

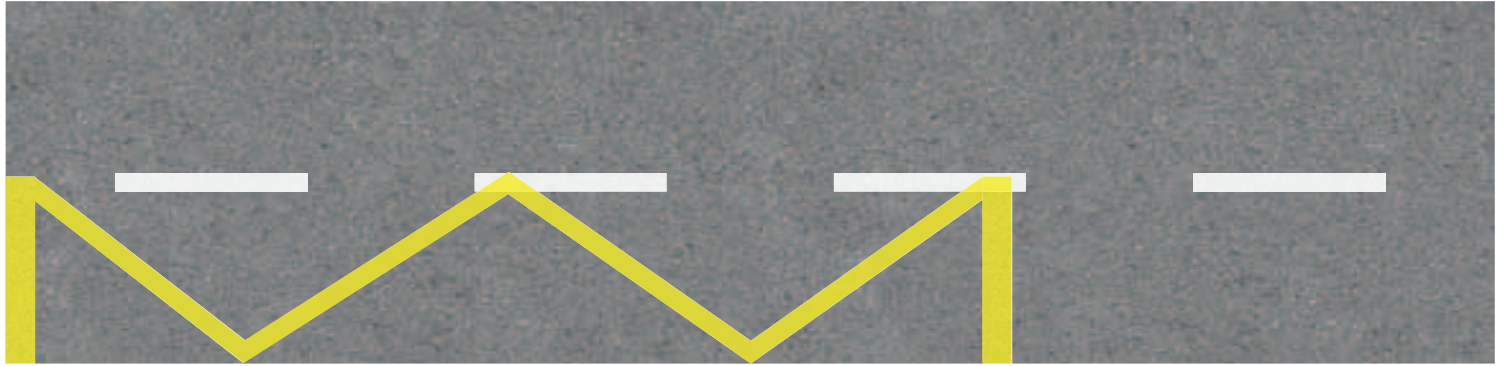
Zur Umsetzung dieses Reglements ist ein Gesamtverkehrskonzept zwingend notwendig. Ziele dieses Konzepts sind die Kapazitätssteigerung des Gesamtsystems, die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs und die Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität im Stadtzentrum. Der Stadtrat wird dem Parlament den Bericht dazu im Juni 2012 unterbreiten. Sollte das Parlament zustimmen, können dann die Analyse- und Planungsarbeiten beginnen. Bis Ende 2013 soll das Konzept vorliegen.

1 | Einer der am meisten befahrenen Orte Luzerns: der Viktoria- platz

2 | Von den aktuellen Problemzonen im innerstädtischen Verkehr sind alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer betroffen. Für alle Mobilitätsbereiche sieht das neue Gesamtverkehrskonzept Verbesserungen vor.



- Pilatusstrasse Verkehrsüberlastung in Stosszeit
- Pilatusstrasse–Bahnhof Zufahrt zum Bahnhof verursacht Rückstau
- Schweizerhofquai–Haldenstrasse Verkehrsüberlastung in Stosszeit
- Kasernenplatz–Geismattbrücke Lücke im Radroutenkonzept
- Pilatusplatz Querung der vierspurigen Strasse in zwei Grünphasen und mit langen Wartezeiten
- Zentralstrasse Verkehrsüberlastung in Stosszeit



116 BUSSE IN JEDE RICHTUNG

In der Verkehrsplanung ist die Stadt Luzern häufig abhängig von kantonalem und eidgenössischem Wollen und Können. Doch es gibt Möglichkeiten, die Verkehrszunahme in Eigenregie kurz- bis mittelfristig einzudämmen. Zum Beispiel an der Pilatusstrasse.

Auf keinem anderen Schweizer Strassenstück folgt ein Bus so dicht dem nächsten wie an der Luzerner Pilatusstrasse. Wir zählen: Eins, zwei, drei ..., vierzig, fünfzig, sechzig... und wären wir an diesem Mittwochmittag tatsächlich eine geschlagene Stunde am Fussgängerstreifen bei der Kantonalbank gestanden, so hätten die Finger von vierzig (40!) Händen nicht ausgereicht, um das Resultat der einfachen Addition festzuhalten. «116 Busse müssen hier stündlich durch. Und das pro Richtung!», sagt Roland Koch, der Leiter der städtischen Verkehrsplanung. Das ist schweizweit Rekord. Und sorgt rund ums Seebecken regelmässig für Staus.

Wenn man es zynisch formuliert, dann ist der ÖV in Luzern Opfer seines eigenen Erfolges geworden. Die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere

die der Verkehrsbetriebe Luzern (vbl), haben zwischen 2005 und 2010 bei den Passagierzahlen um 35 Prozent zugelegt, die nutzbare Verkehrsfläche indes ist im selben Zeitraum nicht gewachsen. «Immer mehr Menschen aus der Agglomeration steigen auf den Bus um. Das ist toll, beansprucht doch

Wenn du dann endlich losfahren könntest und denkst: «So, jetzt hab ichs gleich», dann ...

jede Person, die den Bus benützt, im Vergleich zur Autofahrerin oder zum Autofahrer lediglich zehn Prozent der Verkehrsfläche. Suboptimal ist bloss, dass die meisten von ihnen den Bahnhof Luzern anpeilen, das verkehrstechnische Nadelöhr unserer Stadt», betont Roland Koch. Für ihn und Stadt-ingenieur Martin Bürgi ist denn auch klar, dass ohne zusätzliche Massnahmen im Bereich Pilatusstrasse – Bahnhofplatz in absehbarer Zeit der totale Stillstand droht.

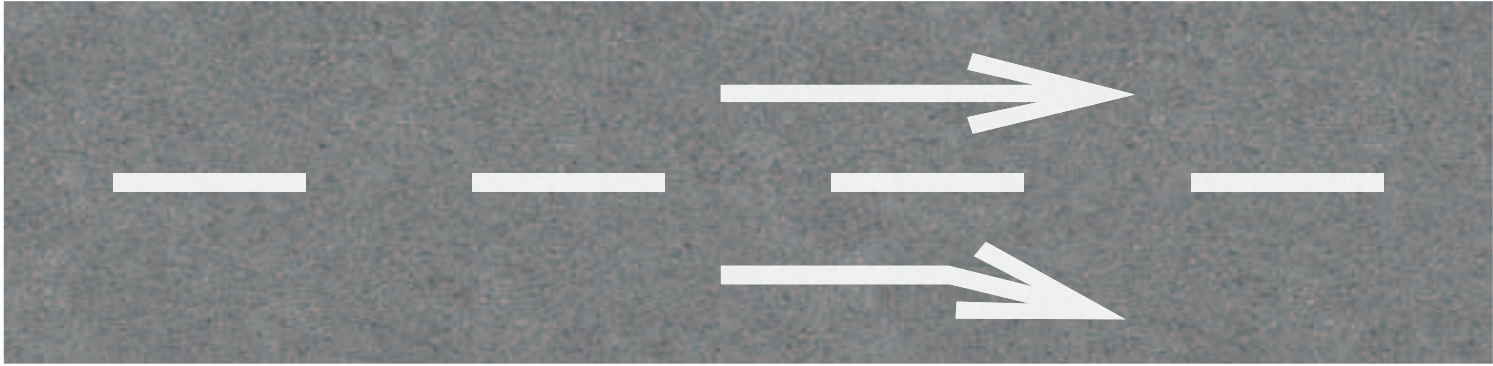
Chauffeur Burkart: Engelsgeduld

Anfahren, abbremsen, anfahren, abbremsen, anfahren, abbremsen. Der 50-jährige Jörg Burkart steht auf der Pilatusstrasse und steuert mit seinem Trolley den Bahnhofplatz an. «Luzern ist eine Sackgasse», bemerkt der Buschauffeur, «alle müssen sie hier durch, wenn sie zum Bahnhof oder über die Seebrücke wollen.» Er runzelt die Stirn: «Wenn du mal drin bist im Stau, dann bist du eben drin. So einfach ist das.» Buschauffeusen und Buschauffeure brauchen Nerven wie Stahlseile. Und Engels-

1 | Mobil in Luzern aus verschiedenen Blickwinkeln: öffentlicher Verkehr: Jörg Burkart, vbl-Chauffeur

2 | Motorisierter Individualverkehr MIV: Andrea Lörch, Spitex-Mitarbeiterin





geduld. Es könne durchaus vorkommen, dass er in der Stosszeit für die gut 300 Meter von der Kantonalbank bis zum Bahnhof zwanzig Minuten benötige, erzählt Jörg Burkart. Was logischerweise nicht zur Freude der Passagiere geschehe, die schon mal auf offener Strecke aussteigen wollen. «Wenn du dann endlich losfahren könntest und denkst: «So, jetzt hab ichs gleich», dann klemmt sich bestimmt noch ein Automobilist zwischen dich und deinen Vordermann, weil er merkt, dass er ja eigentlich zum KKL muss.»

So verkeilen sich vor dem Hotel Monopol regelmässig Busse und Autos zwischen zwei Spuren. Erhalten die an der Zentralstrasse wartenden Autos auch noch freie Fahrt, ist das Chaos perfekt. Ein unhaltbarer Zustand. Das findet auch Roland Koch. Weil er in weitreichenderen Zusammenhängen als den kommunalen denken muss, ist der Verkehrsplaner bei Lösungsansätzen jedoch häufig auf den Kanton oder Bund angewiesen. Und das macht die Planung und die Umsetzung gelinde gesagt nicht immer ganz einfach. Koch zuckt mit den Schultern: «Es gibt zum Glück durchaus Massnahmen, bei denen Kanton und Stadt einer Meinung sind – oder die zu ergreifen in unserer eigenen Kompetenz liegen.»

Im Bereich Pilatusstrasse beispielsweise zeichnet sich für den motorisierten Individualverkehr ein Abbiegeverbot hin zum Bahnhofportal ab, die Zufahrt soll inskünftig vor allem über den Bundesplatz und die Zentralstrasse bewerkstelligt werden. Zumindest die Busse hätten so vermehrt freie Fahrt zu ihren Bestimmungsorten. Andererseits ist absehbar, dass der Verkehr dafür an der Zentralstrasse zunehmen wird.

«Es ist klar, dass bei gleichbleibendem Verkehr einfach eine Umverteilung stattfindet», sagt Stadtingenieur Martin Bürgi. «Eine effektive Entspannung setzt nur dann ein, wenn es uns gelingt, die Leute zu animieren, ihr Mobilitätsverhalten den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Also gerade zu Stosszeiten wenn möglich aufs Velo umzusteigen, zu Fuss zu gehen oder den Bus zu benützen und Autofahrten auf Randzeiten zu verlegen.»



Spitex-Frau Lörch: Ampelkoller
Velo? Zu Fuss? «Der hat gut reden!», denkt sich da Andrea Lörch. Die Spitex-Mitarbeiterin ist von Berufes wegen auf das Auto angewiesen, um als Pflegefachfrau rasch zu ihren Klientinnen und Klienten zu gelangen. In der Sprache der Verkehrsplaner

Wir rechnen in unseren Einsatzplänen inzwischen Zeitreserven ein, um gewappnet zu sein.

gehört sie wie Handwerker und Kurierinnen zum «wirtschaftlich notwendigen Verkehr», welcher nach Möglichkeit von drastischen Einschränkungen nicht betroffen sein soll.

Der Tagesplan von Andrea Lörch ist fix und zeitlich straff verfasst, jede Minute im Stau ist eine verlorene Minute und sorgt bei Pflegerin, Patientinnen und Patienten gleichermassen für Stress. «Wir rechnen in unseren Einsatzplänen inzwischen Zeitreserven ein, um gewappnet zu sein, falls die Autos irgendwo in der Stadt Kolonne stehen – was sie zwi-

Verkehrssicherheit

In einem nationalen Vergleich des Bundesamtes für Strassen vom Januar 2012 nimmt die Stadt Luzern leider den Spitzenplatz bei Unfällen mit Verletzten ein: mit 218 Unfällen pro 50'000 Einwohnerinnen und Einwohner. In St. Gallen, der verkehrssichersten Stadt der Schweiz, kommt es mit durchschnittlich 112 nur zu rund halb so vielen Unfällen mit Verletzten. Das «Gesamtverkehrskonzept Agglomerationszentrum Luzern» soll mit direkten Massnahmen wie auch indirekt, beispielsweise mit der Erhöhung des Anteils an öffentlichem Verkehr sowie an Fuss- und Veloverkehr, einen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit leisten.



1 | Mit Trotti und zu Fuss:
Janosch und Dominique
Rosenmund

2 | Zweiradverkehr:
Othmar Odermatt,
Pro Velo Luzern

schen Langensandbrücke und Hofkirche nach 17 Uhr fast täglich tun.» An ganz mühsamen Tagen sässe sie für einen Klientenbesuch, der vielleicht zehn Minuten dauere, eine Dreiviertelstunde im Auto. «Ganz schlimm ist es an Regentagen oder im Sommer, wenn zusätzlich noch Touristen unterwegs sind.»

Automobilistin Lörch hat doppelt Pech: Weil sie in Weggis wohnt, führt sie ihr Arbeitsweg stets über die Einfallssachse Haldenstrasse, See- und Langensandbrücke an die Brünigstrasse, wo die Spitex ihre Räumlichkeiten hat. «Was ich eine absolute Katastrophe finde, ist die Schaltung der Ampel nach dem Verkehrshaus stadteinwärts: Die steht immer viel zu lange auf Rot, sodass sich künstlich verursachte Staus bilden», sagt die 50-Jährige.

Eine Kritik, die Verkehrsplaner Roland Koch immer wieder hört. «Ampeln sind immer für denjenigen ein Ärgernis, der gerade Rot hat.» Bei der häufig kritisierten Lichtsignalanlage an der Haldenstrasse handle es sich um eine sogenannte Pfortneranlage. «Mit ihr können wir dem Bus Vortritt verschaffen und den stadteinwärts fahrenden Verkehr dosieren, sodass es im Zentrum zu weniger Staus kommt.»

Das Verkehrsproblem in der Stadt Luzern ist im

Übrigen nicht ausschliesslich hausgemacht: Der Anteil Automobilistinnen und Automobilisten ist in der Agglomeration fast doppelt so hoch wie in der Stadt. «Ein Umstand, dem man auf verschiedene Art und Weise begegnen kann. Im Alleingang können wir das Problem aber nicht lösen», betont Martin Bürgi, der Stadtingenieur.

Ein vielversprechender Ansatz wie folgender muss denn auch gemeinsam mit Kanton und öffentlichem Verkehr realisiert werden: Sogenannt «dezentrale Hubs» in den grösseren Gemeinden rund um Luzern, in Emmen etwa, in Kriens oder Horw. S-Bahn-Stationen also, an denen die Pendler vom Bus auf die Bahn umsteigen und so zum Luzerner Bahnhof oder an fernere Destinationen gelangen können. «Zug macht es diesbezüglich vor: Die dezentralen Hubs von Baar, Cham oder Rotkreuz haben eindeutig zu einer Attraktivierung des Schienenverkehrs geführt», erklärt Martin Bürgi.

Familie Rosenmund: Flanieren an der Reuss

Weniger Autos, die allmorgendlich das Stadtzentrum ansteuern – Janosch Rosenmund könnte es erleben, wenn er einmal erwachsen ist. Noch aber steht der 7-Jährige an der Lichtsignalanlage am Pi-

Wäre der Bereich verkehrsfrei, könnte ein wunderbarer Boulevard mit Strassencafés entstehen.

latusplatz und wartet, bis er die Obergrundstrasse überqueren kann, um ins nahe Pestalozzi-Schulhaus zu gelangen. «Ich muss immer aufpassen, dass ich nicht einfach über die Insel in der Strassenmitte weiterlaufe. Denn wenn die erste Ampel Grün zeigt, tut es die zweite vielleicht noch gar nicht.» Seine Mutter Dominique Rosenmund kennt die Situation. Und Verkehrsplaner Roland Koch sowieso. «Es gibt tatsächlich Lichtsignalanlagen im Zentrum, die nicht ideal abgestimmt sind. Wir sind aber laufend daran, die Problemfälle auszumachen und Verbesserungen zu realisieren.»



Verbesserungspotenzial zugunsten der Fussgänger sieht Dominique Rosenmund rund ums Stadttheater und entlang der Bahnhofstrasse. Zwar wurde hier schon vor Jahren Tempo 20 eingeführt und den Fussgängerinnen und Fussgängern der Vortritt zugestanden; so richtig zum Flanieren findet die Geschäftsfrau aber trotzdem nicht. «Wäre der Bereich zwischen Jesuitenkirche und Bahnhofplatz hingegen verkehrsfrei, könnte ein wunderbarer Boulevard mit Strassencafés entstehen.» Die Stimmung auf dem samstäglichen Markt würde doch einen eindrücklichen Vorgeschmack auf das liefern, was dannzumal sein könnte.

Dominique Rosenmunds Vorstellungen und die Visionen von Planern und Politikerinnen decken sich mehrheitlich. Im letzten Herbst hat die SP eine Initiative eingereicht, die eine autofreie Bahnhofstrasse zum Ziel hat. «Die Chancen stehen gut, dass dieses Begehren umgesetzt wird, denn es gibt im Umkreis von wenigen hundert Metern mehrere Parkhäuser, die den Verlust der oberirdischen Abstellplätze verkraftbar machen würden», betont Martin Bürgi. Und der Durchgangsverkehr sei schon heute relativ gering. Mit Ausnahmeregelungen könnte zudem auch den Geschäftstreibenden entgegengekommen werden. Die städtebauliche Aufwertung wäre enorm. Heute kaum mehr vorstellbar: Noch in den Sechzigerjahren fuhren auf der anderen Flussseite Autos über den Rathausquai und Unter der Egg durch!

Velofahrer Odermatt: Weg mit den Lücken!

Weiter vorantreiben will die Stadt die Erschliessung des Velowegnetzes. Sehr zur Freude von Othmar Odermatt von Pro Velo Luzern, der fast täglich pedalend in der Stadt unterwegs ist. «Luzern ist grundsätzlich sehr velofreundlich. Ich würde mir aber eine deutlichere Priorisierung des Velos wünschen, gerade auch bezüglich der vielen Lücken, die sich im Radwegnetz allenthalben auftun.» Beispielsweise zwischen Geissmattbrücke und Kasernenplatz. «Wer die Schleichwege nicht kennt, findet sich mit dem Velo plötzlich im dichten Verkehr wieder», weiss Odermatt aus eigener Erfahrung. Das

Problem an besagter Stelle sei erkannt, betont Roland Koch. «Die Lücke wird in absehbarer Zeit geschlossen», stellt er in Aussicht.

Wie bei allen anderen in Aussicht gestellten Verbesserungsmassnahmen gelte aber auch hier: Jedesmal, wenn einer einzelnen Spezies von Verkehrsteilnehmer ein Vorteil verschafft wird, muss eine andere Einschränkungen hinnehmen. Meist ist das heutzutage der motorisierte Individualverkehr – er

Wer die Schleichwege nicht kennt, findet sich mit dem Velo plötzlich im dichten Verkehr wieder.

beansprucht auch am meisten Verkehrsfläche. «Da mag jetzt der eine oder die andere laut aufschnaufen und uns als Verhinderer und Schwarzmalter betiteln», ist sich Stadttingenieur Martin Bürgi der aufkommenden Kritik bewusst. «Aber wir Planer haben die Pflicht, heute die Probleme von morgen zu lösen.»

Flavian Cajacob
Freier Journalist

Verkehrsentwicklung

In den vergangenen Jahren hat der Verkehr stetig zugenommen. Anhand der Ein- und Ausfahrten bei den permanenten Zählstellen rund um die Agglomeration Luzern betrug die Verkehrszunahme beim motorisierten Individualverkehr von 2001 bis 2010 rund 1,7 Prozent pro Jahr, im Jahre 2010 sogar plus 3,2 Prozent. Der Motorfahrzeugbestand im Kanton Luzern stieg vom Jahr 2001 von 214'793 auf 252'567 Stück im Jahre 2010. In Luzern hat sich aufgrund der grossen Strassennetauslastung die Summe aller Ein- und Ausfahrten rund um die Innenstadt in den vergangenen Jahren nur geringfügig verändert.



BAU VON GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGEN FÖRDERN

Die Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» verlangt, dass in 25 Jahren der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt Luzern auf 16 Prozent erhöht wird. Der Stadtrat und die Mehrheit des Parlaments halten dieses Ziel für nicht realistisch.



DC. In der Stadt Luzern ist die Nachfrage nach Wohnungen im preisgünstigen Segment gross. Trotz der Wohnbauoffensive, die von Stadt, Privaten und Baugenossenschaften zum Beispiel in der Tribschentstadt in den vergangenen Jahren betrieben worden ist, hat sich an dieser Situation nichts geändert.

Aus diesem Grund haben der Mieterverband, die Grünen und die SP die Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» ergriffen und mit 2258 gültigen Unterschriften im Januar 2011 eingereicht. Die Initiative verlangt, dass der Anteil an preisgünstigen Wohnungen am Gesamtbestand der Wohnungen in der Stadt Luzern gesteigert werden soll.

Initiative

Heute beträgt der Anteil an Wohnungen, die den Kriterien der Gemeinnützigkeit entsprechen, 14 Prozent. Bis in 25 Jahren soll dieser Anteil auf 16 Prozent erhöht werden. Um dieses Ziel

zu erreichen, soll sich die Stadt aktiv für die Schaffung und den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum einsetzen. Dies soll vor allem durch die Unterstützung von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen, also von Baugenossenschaften, geschehen. Der Stadtrat soll den gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen Grundstücke zur Verfügung stellen und sie bei den raumplanerischen Entwicklungsschwerpunkten angemessen integrieren. Grundstückseigentümer sollen zudem durch Verhandlungen zur Erstellung von preisgünstigen Wohnungen verpflichtet und gemeinnützige Wohnbauträgerinnen durch zinsgünstige Darlehen der öffentlichen Hand unterstützt werden. Die Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» hat der Grosse Stadtrat im März 2012 behandelt und für gültig erklärt.

Gegenvorschlag

Der Stadtrat unterstützte grundsätzlich das Ziel der Initia-

tive. Allerdings erachtet er die konkrete Anzahl zu schaffender Wohnungen, die die Initiative fordert, als zu hoch. Rechnet man mit einer gleichbleibenden Bautätigkeit, müssten in den nächsten 25 Jahren insgesamt 2100 Wohnungen nach Kriterien der Gemeinnützigkeit erbaut werden. In den nächsten 25 Jahren müsste also jede vierte Wohnung nach den Kriterien der Gemeinnützigkeit erstellt werden. Das entspricht rund 25 Siedlungen der Grösse der abl-Überbauung in der Tribschentstadt.

Da der Stadtrat auf Private nur beschränkt Einfluss nehmen kann, müsste der Grossteil der geforderten gemeinnützigen Wohnungen auf städtischen Liegenschaften realisiert werden. Dafür hat die Stadt aus heutiger Sicht aber nicht genügend Bauland. Deshalb hatte der Stadtrat einen Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet. Dieser sah vor, bis in 15 Jahren den Bau von 720 gemeinnützigen Wohnungen zu un-

1 | Gemeinnütziger Wohnungsbau: Die Überbauung Weinbergli der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (abl) ist seit Februar 2012 bezugsbereit.

terstützen. Zudem wollte der Stadtrat den Fonds zugunsten der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) um 4 Millionen Franken aufstocken. Für die Umsetzung seiner Wohnraumpolitik hatte der Stadtrat ein Reglement entworfen. Dieses sollte als Gegenvorschlag mit der Initiative zur Abstimmung gelangen.

Vorschlag der Kommission

Die vorberatende Kommission schlug verschiedene Änderungen dieses Gegenvorschlags vor. Die Stadt solle in den nächsten 15 Jahren die Schaffung von 1000 anstelle von 720 gemeinnützigen Wohnungen unterstützen. Verschiedene Baugenossenschaften erachteten die Erhöhung der Anzahl Wohnungen als realistisch. Der Stadtrat konnte sich mit dem Kommissionsvorschlag einverstanden erklären.

Debatte im Grossen Stadtrat

In der Parlamentsdebatte sprachen sich die Fraktionen der Grünen und Jungen Grünen und der SP / JUSO für die Initiative aus. Die Fraktionen der CVP, FDP und GLP setzten sich für den Kommissionsvorschlag ein. Die SVP-Fraktion wollte am ursprünglichen Gegenvorschlag des Stadtrates festhalten.

Der ursprüngliche Gegenvorschlag wie auch der von Kommission und Parlament veränderte Gegenvorschlag fanden im Grossen Stadtrat keine Mehrheit. Aber auch die Initiative wurde abgelehnt: mit 26 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Initiative kommt nun also ohne Gegenvorschlag vors Volk.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, die Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» abzulehnen.

Sollte die Initiative abgelehnt werden, wird sich der Stadtrat trotzdem für die Schaffung von 720 gemeinnützigen Wohnungen in den nächsten 15 Jahren einsetzen. Die Schaffung von gemeinnützigen Wohnungen in diesem Umfang war im Rat unbestritten.

Stellungnahme des Initiativkomitees:

Stellen Sie die Weichen für die städtische Wohnpolitik der nächsten 25 Jahre. Stimmen Sie JA «Für zahlbaren Wohnraum».

Alle stellen fest, dass in der Stadt Luzern kaum zahlbare Wohnungen zu mieten sind. Besonders betroffen sind Familien, Alleinerziehende, Junge und ältere Menschen mit beschränktem Budget. Die Preise der angebotenen Wohnungen steigen auch ohne Teuerung und trotz sinkenden Hypothekarzinsen kontinuierlich an. Luxussanierungen und Projekte für Neuzuzüger aus den nahen Wirtschaftszentren Zug und Zürich oder aus dem Ausland verdrängen Luzernerinnen und Luzerner aus der Stadt. Investoren nützen die Wohnungsnot aus, kündigen Häuser leer, sanieren und verbessern mit teurer Neuvermietung ihre Rendite.

Gemeinnützige Wohnbauträger dagegen sichern langfristig zahlbaren Wohnraum. Ihre Mieterinnen und Mieter zahlen mit den Mietzinsen nur die anfallenden Kosten. Eine Gewinnabschöpfung des Vermieters ist ausgeschlossen. Deshalb sind diese Wohnungen im Schnitt 15–20 Prozent günstiger als Wohnungen von privaten Investoren. Ihr Anteil am Wohnungsbestand sinkt aber stetig, weil sie bei den aktuellen Bodenpreisen nicht mehr mithalten können. So soll beispielsweise für ein Areal der Stadt an der Industriestrasse die börsenkotierte «Allreal» als Wohnbauinvestorin zum Zug kommen.

Diese Entwicklung ist nicht mehr weiter haltbar, finden die Initianten der Volksinitiative «Für zahlbaren Wohnraum»: Die Stadt muss ihre Tradition wieder aufnehmen, über gemeinnützige Wohnbauträger einen attraktiven Bestand an zahlbarem Wohnraum für die Zukunft zu sichern. Die Initiative verlangt, dass bis in 25 Jahren ein Anteil von mindestens 16 Prozent des Wohnungsbestandes nach Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet wird. Heute sind es rund 13 Prozent. Die Stadt überprüft regelmässig den Fortschritt und passt die entsprechenden Massnahmen an. Mit der Initiative wird der Trend des sinkenden Anteils gemeinnützig vermieteter Wohnungen gewendet. Das Ziel der Initiative ist realistisch. Es wird erreicht, wenn rund ein Viertel der neu erstellten Wohnungen unter gemeinnützigen Kriterien vermietet wird. Oder konkret in Zahlen: In 25 Jahren sollen

rund 2100 zusätzliche Wohnungen unter gemeinnützigen Kriterien vermietet und damit der Gewinnabschöpfung entzogen werden. Auch die Interessengemeinschaft gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften, G-Net, hat in einer ersten internen Diskussion mit dem Initiativkomitee die Schaffung von 1270 Wohnungen innert 15 Jahren vorgeschlagen. Dies schien der Interessengemeinschaft ein realistisches Ziel. Zu einem späteren Zeitpunkt hat G-Net den eigenen Vorschlag aber auf 1000 Wohnungen reduziert. Die Auslegung und das entsprechende Reglement für die Umsetzung der Initiative sind von der Stadt bereits erarbeitet. Ergänzt mit den Zielen der Initiative kann es nach deren Annahme rasch wirksam werden.

In guter Erinnerung ist uns, dass bei der Planung des neuen Stadtteils «Tribschentstadt» für einen guten Anteil gemeinnütziger Wohnungen gesorgt wurde. Die Initiative will, dass die Stadt auch in den neuen Entwicklungsgebieten, etwa im Gebiet Hallenbad-Steghof-Industriestrasse, oder bei der Neuerschliessung von städtischen Grundstücken im Stadtteil Littau für einen angemessenen Anteil gemeinnützigen Wohnungsbau sorgt.

Auch die Luzerner «Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum» GSW übernimmt wieder aktiv ältere Liegenschaften, um preisgünstige Wohnungen für sozial Benachteiligte zu erhalten.

Nach Jahren des Stillstands kommt wieder Schwung in die Luzerner Wohnpolitik: Mit der Annahme der Initiative erhalten die gemeinnützigen Wohnbauträger wieder längere Spiesse auf dem Immobilienmarkt. Die Initiative sichert die Wohnstadt für alle. Stimmen Sie JA zur Initiative!

Für das Initiativkomitee:

Mark Schmid, Präsident Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Unsere Initiative wird von der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern abl, Wogeno Luzern sowie von weiteren Wohnbaugenossenschaften unterstützt.

Lanciert wurde die Initiative vom Mieterinnen- und Mieterverband Luzern, unterstützt von SP und Grünen.

Weitere Informationen sind unter: www.zahlbareswohnen.ch zu finden.

KONFLIKTE MIT VERWALTUNG EINVERNEHMLICH LÖSEN

Wer mit der Verwaltung oder dem Stadtrat in Konflikt gerät, soll eine neutrale Instanz anrufen können: die Ombudsstelle. In der Stadt Luzern können die Stimmberechtigten am 17. Juni über die Schaffung einer solchen Stelle befinden.



1 | Die Ombudsstelle schlichtet bei Konflikten mit der Verwaltung.
Foto: Gregor Stäuble

2 | Joel und Liv in der Kindertagesstätte Eichhörnli.
Foto: Cornelia Winiker

DC. Eine Ombudsstelle kann von Menschen angerufen werden, die mit der Verwaltung oder dem Stadtrat in einen Konflikt geraten. Die Schaffung einer solchen Stelle wurde von der SP-Fraktion 2009 gefordert. Für die Errichtung einer Ombudsstelle muss eine rechtliche Grundlage geschaffen

werden. Dies kann durch die Änderung zweier Artikel in der Gemeindeordnung geschehen. Der Stadtrat hatte dem Parlament die notwendigen Änderungen vorgelegt, wollte aber angesichts der finanziell angespannten Situation mit der Schaffung der Ombudsstelle noch zuwarten. Die Geschäftsprüfungskommission war anderer Meinung: Sie schlug dem Parlament vor, die Ombudsstelle zu schaffen. Allerdings nicht schon auf Mitte 2012, sondern auf Anfang 2014. Damit war auch der Stadtrat einverstanden.

Die Ombudsstelle ist ein unabhängiges, niederschwelliges Angebot für die Vermittlung in Konflikten zwischen Privaten und der Stadtverwaltung. Bei der Ombudsstelle können Beanstandungen gegen Angestellte der Stadtverwaltung, Lehrerinnen und Lehrer der Stadtschulen und gegen den Stadtrat vorgebracht werden. Ausgenommen von der Kontrolle durch die Ombudsstelle sind der Grosse Stadtrat sowie Fondsverwaltungen oder städtische Kommissionen.

Neben Privatpersonen können sich auch Verwaltungsangestellte an die Ombudsstelle wenden. Allerdings müssen städtische Mitarbeitende ihr Anliegen zuerst der zuständigen Dienstabteilung Personal und in einem weiteren Schritt der Schlichtungsstelle unterbreiten und so nach gütlichen Lösungen suchen.

Die Ombudsperson bemüht sich um Lösungen, die für alle Seiten akzeptabel sind. Die konkreten Handlungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen werden nicht in der Gemeindeordnung, sondern in einem Reglement ausgeführt. Falls die Schlichtungsbemühungen scheitern, kann die Ombudsperson eine schriftliche Empfehlung abgeben. Die Ombudsstelle ist unabhängig von Stadtrat und Verwaltung.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, der Teilrevision der Gemeindeordnung zur Schaffung einer Ombudsstelle zuzustimmen.

Debatte im Grossen Stadtrat

Der Stadtrat hatte sich grundsätzlich für eine Ombudsstelle ausgesprochen, wollte aus finanziellen Gründen aber mit der Realisierung noch zuwarten. Diesem Vorgehen widersprach die Geschäftsprüfungskommission: Dank der Ombudsstelle könnten Konflikte vermieden, Gerichtsfälle verhindert und somit auch Geld eingespart werden. Deshalb sollte die Realisierung der Stelle nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Die Kommission machte dem Parlament den Vorschlag, die Ombudsstelle zu schaffen. Allerdings nicht schon auf Mitte 2012, sondern erst auf Anfang 2014. Zu-

dem sollte die Stelle ein jährliches Kostendach von maximal 150'000 Franken erhalten. Mit diesem Vorgehen konnte sich auch der Stadtrat einverstanden erklären.

Alle Fraktionen ausser der SVP sprachen sich für den Vorschlag der Kommission aus. Die SVP-Fraktion stellte sich aus Kostengründen gegen die Schaffung der Ombudsstelle. Alle anderen Fraktionen waren dafür. Die Mehrheit des Parlaments war der Ansicht, dass eine Ombudsstelle Probleme der Einwohnerinnen und Einwohner mit Verwaltung und Stadtrat neutral und fair beurteilen könne. Durch ihre Vermittlung würden die Anliegen der Be-

völkerung ernst genommen. Die Stelle ermögliche einvernehmliche Lösungen, wirke präventiv und könne Eskalationen von Konflikten verhindern. Eine erfolgreiche aussergerichtliche Schlichtung vermeide hohe Verfahrenskosten.

Das Parlament wollte der angespannten finanziellen Lage der Stadt Luzern Rechnung tragen: Die Ombudsstelle soll nicht bereits Mitte 2012, sondern erst auf 2014 und mit einem Kostenrahmen von 100'000 bis 150'000 Franken bewilligt werden. Der Grosse Stadtrat stimmte der Schaffung der Ombudsstelle mit 35 zu 6 Stimmen zu.

DANK BETREUUNGSGUTSCHEINEN GENÜGEND BEZAHLBARE PLÄTZE

Sagen die Stimmberechtigten am 17. Juni Ja, können die Betreuungsgutscheine in der Stadt Luzern definitiv eingeführt und Familien mit Kindern im Vorschulalter weiter finanziell entlastet werden. Die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt sind durchwegs positiv.

DC. Die Stadt Luzern unterstützt Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter. Von 2003 bis 2009 wurden nur einige Institutionen subventioniert, die Kinderbetreuung anbieten. Es konnten damit Betreuungsplätze in fünf Kindertagesstätten und bei der Tageselternvermittlung vergünstigt werden. Die subventionierten Plätze waren begehrt, es gab für sie lange Wartelisten. Weil der Grosse Stadtrat sich verschiedentlich für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für Väter und Mütter ausgesprochen hatte und dies auch die Initiative «Für eine kinder- und elternfreundliche Stadt» forderte, beschloss der Stadtrat, neue Wege zu gehen. Die Subventionierung der Kindertagesstätten (Objektfinanzierung) sollte zugunsten der direkten Unterstützung anspruchsberechtigter Familien (Subjektfinanzierung) aufgegeben werden.

Luzern als Pionierin

Das schweizweite Pilotprojekt der Betreuungsgutscheine wurde im April 2009 von der Stadt Luzern und vom Bundesamt für Sozialversicherungen lanciert. Von der direkten Unterstützung der Eltern verspach man sich Rechtsgleichheit: Alle anspruchsberechtigten Eltern können unterstützt werden. Zudem bestehen Wahlmöglichkeiten, was Standort, Kosten, Öffnungszeiten und pädagogische Angebote angeht. Dadurch stellt sich ein Wettbewerb ein, in dem alle Betreuungsinstitutionen die gleichen Chancen haben. Dieser Wettbewerb sollte zu einer breiteren Auswahl an Betreuungsplätzen führen.

Die Ziele, die sich die Verantwortlichen mit den Betreuungsgutscheinen gesetzt hatten, konnten erreicht werden. Das System

überzeugt nicht nur in der Stadt: Mittlerweile kommen Betreuungsgutscheine in verschiedenen Gemeinden im ganzen Land zum Einsatz.

Anspruch auf Gutscheine

Für den Bezug von Gutscheinen für die Betreuung von Kindern ab dem dritten Lebensmonat bis zum Kindergartenbeginn sind Einkommen und Arbeits-

pensum der Eltern entscheidend: Anrecht haben Eltern mit einem steuerbaren Einkommen bis 100'000 Franken beziehungsweise 124'000 Franken bei Eltern mit Kindern unter 18 Monaten. Das Erwerbepensum bei Alleinerziehenden beträgt mindestens 20, bei Paaren 120 Prozent. Die finanzielle Unterstützung stärkt Familien mit tieferen Einkommen und hilft ihnen, ihren Le-

bensunterhalt ohne Sozialhilfe zu sichern. Betreuungsgutscheine lösen jährlich Kosten aus. Für das Jahr 2013 wird mit 5,1 Millionen Franken gerechnet.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, dem Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung zuzustimmen.



Debatte im Grossen Stadtrat

Die Mehrheit des Grossen Stadtrates sprach sich für das System der Betreuungsgutscheine aus und stimmte der Einführung des dafür notwendigen Reglements mit 34 zu 6 Stimmen zu. Ebenso wurde dem Kredit von 5,1 Millionen Franken ab dem Jahr 2013 zugestimmt.

Die Betreuungsgutscheine überzeugten, weil sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderten, mit dem Reglement Kriterien für die Kontrolle von Betreuung und Förderangeboten vorlägen und weil das neue System zur Vergrösserung des Betreuungsangebots geführt habe: In Luzern gibt es genügend zahlbare Betreu-

ungsplätze für Kinder im Vorschulalter. Die Betreuungsgutscheine und die Vergrösserung des Angebots kommen bei allen Beteiligten gut an, von der finanziellen Unterstützung profitierten Menschen des unteren Mittelstandes.

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wurde abgelehnt.

Zwei CVP-Anträge wurden angenommen. Der eine verlangte eine sprachliche Präzisierung im Reglement, der andere forderte, die Anspruchsberechtigung einzuschränken, wenn Eltern bereits durch den Arbeitgeber der öffentlichen Hand Beiträge an die Betreuung erhielten.

DER OBERGRUND EIN QUARTIER IM UMBRUCH

Von den neuen Wohnhochhäusern auf der Allmend geht die Sicht in die Berge. Die Asylsuchenden in der Zivilschutzanlage auf dem Gelände des Betagtenzentrums Eichhof leben unter der Erde: ein Quartier – unterschiedliche Welten.



1 | Blick über den Eichhof und die Allmend ins Gebirge

2 | David aus Nigeria und Nana aus Ghana wohnen bis September zwischen Betagtenzentrum und Brauerei Eichhof.

3 | Auf der Allmend, rund um die Horwer- und Obergrundstrasse kann man miterleben, wie sich die Stadt entwickelt.

In der Cafeteria des Betagtenzentrums Eichhof machen sich einige Bewohnerinnen und Bewohner zum Lottospielen bereit. Die Stimmung ist gelassen. Viel ist in den letzten Wochen über die neuen Nachbarn diskutiert worden: 60 Asylsuchende werden in die Zivilschutzanlage auf ihrem Gelände einziehen. Es sind Leute mit anderer Hautfarbe, aus anderen Kulturen, mit andern Lebenserfahrungen. Trudy Bühler nimmt es gelassen. «Ich habe null Probleme. Es ist ja alles bestens vorbereitet», sagt die 93-jährige Frau, die seit ein paar Jahren im Hochhaus lebt.

Viele über 65-Jährige

Rund um den Eichhof schlägt der Puls anders als im urbanen Kerngebiet. Hier konzentrieren sich mit dem Betagtenzentrum Eichhof, dem Pflegeheim Steinhof und der Alterssiedlung Guggi mehrere Altersinstitutionen, in denen gegen 600 betagte und teils stark pflegebedürftige Menschen leben. Mit seinen vielen stattlichen Wohnhäusern und ihren grosszügigen Gärten beherbergt

das Gebiet Steinhof auch sonst ein eher älteres Bevölkerungssegment: 79 Prozent der Bewohner sind über 65 Jahre alt (Stadt Luzern: 19,8 Prozent). Das restliche Quartier ist wesentlich heterogener. In den Gebieten Obergrund, Eichwald und Horwerstrasse liegen die Anteile der über 65-Jährigen unter 10 Prozent.

Das Quartier Obergrund ist schwierig auf einen bestimmten Nenner zu bringen. Viele kennen es nur als Transitachse nach Kriens, auf die Autobahn oder zu den Fussballspielen und Grossveranstaltungen auf der Allmend. Nördlich erstreckt sich das Quartier in einer schmalen Achse bis an den Pilatusplatz, im Gebiet Taubenhausstrasse reicht es mit seiner parkähnlichen Siedlung bis zum Gigeliwald. Die schönen Wohngebiete Reckenbühl und Guggi sowie der erste Teil der Horwerstrasse wurden ab 1910 besiedelt. Zum Obergrund gehören auch das Gelände der Brauerei Eichhof AG und die stadtnahen Gebiete der Allmend.

In den letzten paar Jahren erlebt das Quartier eine neue Um-

bruchphase. Sie manifestiert sich zum einen in einer regen Bautätigkeit, die sich vor allem bei der Horwer- und Obergrundstrasse bemerkbar macht. «Die Stadt wächst, das spüren wir mehr denn je», sagt Judit Aregger, Vizepräsidentin des Quartiervereins Obergrund. Das gilt vorab für die Allmend, wo mit dem neuen Stadion, dem Sportgebäude, der Infrastruktur für den Breitensport und den zwei Wohnhochhäusern mit insgesamt 280 Wohneinheiten der urbane Puls höher schlägt als an vielen andern Orten in der Stadt. Ende Jahr sollen auch die Pferdestallungen im Eichwäldli abgebrochen werden, um Platz zu machen für neue Entwicklungsgebiete am Stadtrand. Neu gebaut wird – bereits auf Krienser Boden – auch anschliessend an das Eichhof-Areal im Grosshof.

Kompetent informiert

Zum ändern zeigt sich der Umbruch in einer sozialen Durchmischung, wie sie im Gebiet Horwerstrasse, Moosmattstrasse, Rhynauerstrasse schon länger stattfindet und sich langsam auch im Eichhofgebiet bemerkbar macht. Die 60 Asylbewerber, die seit Mitte April für sechs Monate direkt unter dem Park des Betagtenzentrums Eichhof in der Zivilschutzanlage leben, bringen in dieses bisher doch eher wohlbehütete Quartier eine neue Dimension: Bewohnerinnen und Bewohner des Betagtenzentrums und Anwohnende werden mit Menschen konfrontiert, die sie sonst nur aus Schlagzeilen – nicht immer den besten – zu kennen meinen.

Marco Borsotti, Leiter des Betagtenzentrums, ist zuversichtlich. «Das Verständnis der Betagten ist grundsätzlich da. Und sicherheitsmässig haben wir gut vorgesorgt.» So fremd dürften die



vorwiegend aus (Nord-)Afrika stammenden Asylbewerber nicht sein. Im Betagtenzentrum arbeiten Leute aus 17 Nationen, darunter auch solche mit dunkler Hautfarbe. Einige Betagte wundern sich höchstens, «ob sie mit denen auch reden können». Es gibt auch andere Haltungen, wie sie etwa eine hochbetagte Frau äusserte: «Solche Leute müssen gar nicht in die Schweiz kommen. Jedes Land muss doch selber mit seinen Problemen fertig werden. Und wer soll das alles bezahlen?»

Die Stadt Luzern und die Caritas Luzern, die für die Betreuung der Asylsuchenden verantwortlich ist, haben im Vorfeld kompetent informiert und mit einem umfassenden Sicherheitskonzept den möglichen Ängsten und Bedenken sehr schnell den Wind aus den Segeln genommen. Schwerer tat sich die Firma Heineken, die den normalen Zugang zur Anlage über ihr Gelände aus technischen Gründen nicht bewilligte, sodass die Asylbewerber nun durch den Park des Betagten-

zentrums Eichhof ein- und ausgehen. In ersten Vorgesprächen hatte auch der Quartierverein Obergrund positiv reagiert und seine Forderungen gestellt. An den zwei Informationsveranstaltungen im Betagtenzentrum, zu denen auch die Anwohnerinnen und Anwohner eingeladen wurden, fehlte es nicht an besorgten Fragen, aber die Atmosphäre war besonnen und der Ton sachlich.

Studierende kommen

Wenn die Asylbewerber im Herbst 2012 die Unterkunft wieder verlassen, kommt bereits die nächste neue Personengruppe in den Eichhof: Es sind junge Leute, die in Luzern studieren und die neuen Studentenwohnungen unmittelbar beim Betagtenzentrum bewohnen. Bauherrin ist die Student Mentor Foundation Lucerne, die auf dem Gelände mehrere Gebäudeeinheiten mit 86 Wohnungen für 280 Studierende erstellt. «Die ersten 112 Zimmer können ab 12. September 2012 gemietet werden», sagt Doris Russi

Schurter vom Stiftungsrat der Foundation. Der zweite Teil der Wohnungen kann ab Januar 2013 bezogen werden.

Die gegen 300 Studierenden, die ab nächstem Jahr regelmässig im Eichhof ein- und ausgehen, werden als Chance für das Quartierleben wahrgenommen. «Sie werden das doch eher überalterte Quartier verjüngen und für eine gewisse Durchmischung sorgen», sagt Judit Aregger. Auch Marco Borsotti und Paul Otte, Leiter Pflegeheim Steinhof, sprechen von einer «Bereicherung». Die beiden freuen sich auf den Austausch, der zwischen den Studierenden und den Betagten möglich werden könnte. Eichhof und Steinhof haben die Öffnung ihrer Heime grossgeschrieben. «Vielleicht haben wir dann auch ab und zu Studenten, die bei uns einen Kaffee trinken kommen. Das würde ich nur begrüßen», sagt Otte.

Auch das Betagtenzentrum Eichhof will Begegnungen schaffen, um Berührungsängste abzubauen. Ob das schon mit den Asylsuchenden gelingt? Laut Borsotti sind die Asylsuchenden zu bestimmten Zeiten auch in der Cafeteria willkommen oder können teilweise in der Küche oder beim Park-Unterhalt beschäftigt werden. Niemand läuft gleich Sturm, man geht pragmatisch vor. Vielleicht habe diese Haltung auch mit dem aktuellen Quartiergeist zu tun, sagt Judit Aregger. «In der letzten Zeit erleben wir enorm viel Dynamik. Wir müssen uns dauernd auf Neues einlassen. Möglich, dass daraus eine gewisse Offenheit und Toleranz entsteht.»

Warum Angst?

Trudy Bühler, die früher Schneiderin war und jahrelang in der Alterspflege gearbeitet hat, konnte sich diese Offenheit ein Leben lang bewahren. «Warum soll ich Angst haben?», sagt die 93-Jährige fast entrüstet und gibt die Antwort gleich selber: «Ich werde mich genau gleich auf dem Areal bewegen wie bis jetzt. Wir müssen mit dieser Situation jetzt einfach umgehen.»

Pirmin Bossart
Freier Journalist



Spezialsendung Asyl

Das Regionaljournal Zentralschweiz von Schweizer Radio DRS wird das Thema Asyl in der Woche nach Pfingsten (29. Mai bis 1. Juni) zum Schwerpunktthema machen. In dieser «Asylwoche» wird die Abendsendung (17.30 bis 18.00) zum grossen Teil live aus der Asylunterkunft Eichhof gesendet. Es wird Live-Gespräche und Reportagen geben. Ziel ist, die verschiedenen politischen Standpunkte herauszuschälen. Laut Redaktionsleiter Stefan Eicholzer ist man bemüht, das Thema möglichst undogmatisch anzugehen. «Wir wollen vom Leben der Asylbewerber erzählen, über Nachbarn der Unterkunft berichten, Ängste und Sorgen thematisieren.»

Frühe Käufe

1888 kaufte der deutsche Industrielle Heinrich Endemann den «Hof zur Eich» und gründete das Bayerische Brauhaus. 1922 kam es zur Fusion der beiden Stadtbrauereien «Brauerei Spiess» und «Luzerner Brauhaus AG» zur «Vereinigten Luzerner Brauereien AG». 1924 veräusserten die Endemann-Erben die Villa mit Park (40'000 Quadratmeter) für 625'000 Franken an die Ortsbürgergemeinde Luzern. Schon 1925 zogen betagte Männer in die Villa ein. 1963 wurde auf dem Grundstück die Alterssiedlung mit dem Hochhaus und den Laubenganghäusern erbaut. Der Grundstein für das Pflegeheim Steinhof wurde 1924 gelegt: Damals erwarben die Barmherzigen Brüder von Maria-Hilf das Schloss Steinhof samt Umschwung für 500'000 Franken und bauten es zu einem Alters- und Pflegeheim um. Quelle: «Obergrund: 125 Jahre Quartierverein, 125 Jahre Stadtgeschichte», 1999.

VONEINANDER LERNEN FÖRDERT TOLERANZ

Die Schule verändert sich. Die Integrative Förderung wird flächendeckend eingeführt, der Kindergarteneintritt ist neu auch im Februar möglich, die Klassen sind zunehmend heterogen und altersgemischt.



1 | Emma zeigt Alyssa (links) und Desirée, wie einfach Falten sein kann. Dank Integrativer Förderung, wie hier in der 3/4c im Schulhaus Wartegg, können unterschiedlich alte Kinder mit unterschiedlichen Stärken voneinander profitieren.

2 | Rejhad, Giacomo, Salem und Pravin hören der Vorleserin Antonia aufmerksam zu: Die Projektwoche zum Thema «Multikulturalität» der Schule Säli/Pestalozzi ermöglichte den Kindern das Eintauchen in andere Sprachen und Kulturen.
Foto: Markus Schüepp

TM. Die Volksschule Stadt Luzern orientiert sich am kantonalen Projekt «Schule mit Zukunft». Im Fokus steht die Weiterentwicklung des Unterrichts. Die Integrative Förderung (IF) ist ein Beispiel dieser Weiterentwicklung: IF vereint Kinder mit unterschiedlichen Stärken in einer Klassengemeinschaft. Seit knapp einem Jahr sind die Kindergarten-, Erst- und Zweitklassen der Stadt Luzern Teil der integrativen Volksschule. Die Neuerung löst bei den Fachkräften vor Ort unterschiedliche Reaktionen aus. Einerseits wird sie als Herausforderung angesehen, erklärt Jana Bachmann, Schulleiterin Fluhmühle: «Die Lehrpersonen der Schule Fluhmühle begegnen der Heterogenität innerhalb der Klassen mit Interesse und einem grossen Engagement.» Durch Förderangebote wie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Bega-

bungsförderung sowie mit der Einführung von IF könne gezielter auf die Bedürfnisse des einzelnen Lernenden eingegangen werden. Der individualisierende und differenzierende Unterricht sei auf der anderen Seite in der Planung wie auch in der Durchführung sehr aufwendig. «Für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zusammen mit den Fachlehrpersonen IF, DaZ muss daher genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden, damit die hohen Anforderungen erfüllt werden können und die gemeinsame Arbeit als zielführend und stärkend erlebt werden kann», betont Jana Bachmann.

Eintritt im Februar

In der Stadt Luzern können Kinder schon seit längerem freiwillig während zweier Jahre den Kindergarten besuchen. Mit der Annahme des neuen Volksschul-

bildungsgesetzes besteht nun ab dem Schuljahr 2012/2013 die Möglichkeit, Kinder nicht mehr nur im August, sondern auch im Februar in den Kindergarten eintreten zu lassen.

Die Voraussetzungen für den Eintritt in den Kindergarten bleiben trotz den Neuerungen dieselben: Die Kinder sollen den Schulweg bewältigen und den Blockzeitenrhythmus mitmachen können. Dies ist in der Regel mit dem vollendeten vierten Lebensjahr der Fall.

Soziale Fähigkeiten

Altersgemischte Schulklassen, heterogene Klassenzüge und unterschiedliche Lernniveaus werden zur Arbeitsvoraussetzung der Lehrtätigkeit. Für Michael Albisser, Schulleiter Wartegg, sind IF und die bezüglich Alter und Entwicklungsstand der Lernenden heterogenen Klassen eine Chance: «Die Kinder erleben sich im Verlauf der Schulzeit in verschiedenen sozialen Stellungen. Sie erfahren, was es heisst, sich in einer Kindergruppe unterzuordnen oder aber Führung und Verantwortung zu übernehmen. So werden die sozialen Fähigkeiten wie Rücksichtnahme, Toleranz, Hilfsbereitschaft im Schulalltag der Mischklassen besonders geübt und gelebt.»

Im Sinne von IF werden in der Primarschule ab dem nächsten Schuljahr alle Kleinklassen in Regelklassen integriert. Dies geschieht ab dem Schuljahr 2013/2014 auch in der Sekundarschule: Das Niveau D entfällt. Ab Schuljahr 2016/2017 werden auch die Niveaus A, B und C in ein neues System übergeführt. An der Sekundarschule gilt künftig das Modell heterogene Stammklassen für alle und homogenere Niveaugruppen in den Leistungsfächern.

IN EINER WOCHEN UM DIE WELT

Die Projektwoche der Schule Säli/Pestalozzi stand unter dem Titel «Multikulturalität». Den Kindern wurden die Tore der Welt und die Türen zueinander geöffnet.

**Eci Peci Pec (Ene mene mu)
Ti si mali Zec
(Du bist ein kleiner Hase)
A ja mala vjeverica (Ich bin
ein kleines Eichhörnchen)
Eci peci pec (Ene mene mu)**

Das ist ein kroatischer Abzählreim, den die Kinder in der Projektwoche gelernt haben. Mit 311 Kindern aus 39 Nationen, die momentan die Schule Säli / Pestalozzi besuchen, lag es auf der Hand, das Thema «Multikulturalität» aufzunehmen und die Projektwoche danach zu richten. Das Gemeinsame und die Vielfalt standen im Fokus.

An fünf Tagen besuchten die Kinder der Unterstufe fünf Kontinente. Dabei haben sie Neues über die Menschen, ihre Sprachen, Tiere, Pflanzen, Farben und Gerüche kennengelernt. Die Kinder der 3. bis 6. Klassen setzten sich in altersdurchmischten Gruppen in verschiedenen Ateli-

ers mit Sitten und Bräuchen, Geschichten, Sagen und Märchen, mit Spielen, Musik und Tänzen, mit Sprache und Wohnen auseinander. Im Pausenkiosk wurden jeden Tag selbst zubereitete Spezialitäten aus verschiedenen Kontinenten angeboten.

In der Bibliothek wurden an drei Nachmittagen Geschichten erzählt. Das Besondere daran: Kin-

der haben Geschichten in ihrer Muttersprache erzählt – Holländisch, Tamilisch, Kroatisch, Spanisch, Französisch, Portugiesisch.

Vielleicht haben sie damit einen neuen Zugang zu einem Kind gefunden, mit dem sie gemeinsam den Unterricht besuchen.

Ursula Moser
Schulhaus Säli



Ferienpass 2012

Motto «Zirkus»

Datum: Montag, 16. Juli, bis Sonntag, 19. August 2012

Ort: Pausenplatz

Säli/Pestalozzi/Dula

Mit dem Ferienpass kann das gesamte Atelier-Angebot und das Angebot des Grundpasses genutzt werden. Der Grundpass ist vom 9. Juli bis 19. August gültig und ermöglicht freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln und diverse Gratiseintritte im Ferienpassgebiet.

Weitere Informationen unter: www.freizeit.stadtluzern.ch

HOCHSPANNUNG OHNE ELEKTRONIK

Die Lernenden der Schulen Büttenen, Schädritü, Würzenbach verzichteten eine Woche auf TV, Mobile und Co. Die «Flimmerpause» gibt Ideen zur aktiven Freizeitgestaltung.

Bereits zum vierten Mal nahmen die Schulen Büttenen, Schädritü und Würzenbach am Projekt «Flimmerpause» teil und gingen den Umgang mit elektronischen Medien während einer Woche bewusster an. Die Elternmitwirkung bot den Schülerinnen und Schülern ausserhalb der Unterrichtszeit abwechslungsreiche Aktivitäten und zeigte Varianten der Freizeitgestaltung auf. Die Kinder konnten in sportlichen, musischen und spielerischen Angebo-

ten schnuppern und sich ein passendes Angebot aussuchen.

Spannendes Freizeitangebot
Aikido und Badminton, Judo, Landhockey und Schach standen zur Auswahl. Auch Tischtennis als Wettkampf zwischen Einzelnen oder als Turnier zwischen Vätern, Müttern und deren Kindern stand auf dem Programm. Mit Trommler Doua wurden afrikanische Rhythmen angeschlagen, und Kindergartenkinder tauchten in

Märliwelten ein. Auf Hochhüsliweid fand erstmals das «Spiel ohne Grenzen» statt. Die Kinder konnten unter fachkundiger Anleitung Drachen bauen oder als Junior-Detektivteam «die drei ;;;» im Fall des verschwundenen Tapes ermitteln.

Gegen Ende der Woche wagten sich gar mutige Väter und Mütter in Begleitung ihrer Sprösslinge in die dunkle Nacht und übernachteten im Zelt. Beteiligt an der Aktionswoche waren Sportvereine

und weitere Quartierkräfte sowie Eltern. Sogar das verschollene Tape konnten Jungdetektive mithilfe der Quartier- und Jugendarbeiter finden. Die «Flimmerpause» hat einmal mehr gezeigt, dass der spielerische Umgang mit Bällen und Musikinstrumenten, Wind und Wetter zeitlos wertvoll ist. Sie wird im nächsten Jahr wieder durchgeführt.

Johannes Kunz
Elternmitwirkung Büttenen

«ICH WEISS JA NACH 20 JAHREN, WIE DER LADEN LÄUFT»

Mit der Frühlingssonne kommt unweigerlich der Gedanke an den Frühlingsputz. Die alte Tradition hat sich verändert: Heute wird täglich geputzt; zum Beispiel von Teresina Mazzei, Reinigungsfrau im Stadthaus Luzern.



1 | Teresina Mazzei reinigt seit 20 Jahren täglich im Stadthaus: «Die Büroleute sind nett und auch recht ordentlich», meint sie über die städtischen Angestellten.

Alle Fenster sperrangelweit offen, Tücher und Vorhänge über Brüstungen und Wäscheleinen drapiert. Die Mutter war früh auf den Beinen, ausgerüstet mit Teppichklopfer und Besen, mit Waschkessel und Bürste wurde das Haus von oben bis unten geschrubbt. «Daran erinnere ich mich seit frühester Kindheit. Meine Mutter war eine sehr ordentliche Frau, und gründlich geputzt wurde nicht nur im Frühjahr, sondern jede Woche einmal», sagt Teresina Mazzei, die seit 20 Jahren das Luzerner Stadthaus zum

Glänzen bringt. Aufgewachsen ist die gebürtige Italienerin in der kleinen Stadt Fuscaldo im südlichen Kalabrien. Dort wohnte sie mit der Mutter und sechs Geschwistern.

In der Fremde

Der Vater ging schon früh als Saisonnier nach Luzern in die Schweiz und kehrte erst nach seiner Pensionierung definitiv zurück in seine Heimat. «Es war schwierig, so auseinandergerissen zu sein. Vor allem, als dann auch die Brüder dem Vater folg-

ten und wir Frauen alleine zurückblieben», erinnert sich Teresina Mazzei. Der Vater wollte anfangs nicht, dass die Mädchen auch in die Schweiz kommen, und die junge Frau hielt sich bis zu ihrem 18. Lebensjahr an diesen Wunsch. «Ich hatte unterdessen die Schulbildung abgeschlossen, wollte eigentlich Coiffeuse werden und habe hier und dort gejobbt.»

«Eines Tages beschloss ich, den Vater in Luzern zu besuchen», erzählt sie. Teresina Mazzei ist gekommen und geblieben. Schliesslich war auch der Vater einver-

standen, und bald kam sogar die Mutter nach Luzern. Für ein paar Jahre war die Familie jetzt zusammen.

Alles tipptopp und paletti

«Zuerst habe ich bei der Schurter AG gearbeitet, in Teilzeit. Dann heiratete ich und habe mich um unsere drei Kinder gekümmert», sagt Teresina Mazzei. Als die Kinder aus dem Gröbsten raus waren, begann sie zwei bis drei Stunden als Reinigungskraft zu arbeiten. Dann wurde in der Stadtverwaltung eine Aushilfe gesucht, die Familienfrau konnte einspringen. Nach sieben Monaten wurde aus dem Provisorium eine fixe Anstellung, und sie bekam ein eigenes Stockwerk im Stadthaus am Hirschengraben zugeteilt. «Heute bin ich für vier Etagen verantwortlich, die ich alle alleine reinige. Wir haben einen Plan, der vorgibt, in welcher Folge die Büros, Korridore und Toiletten gereinigt werden. Man putzt ja nicht jeden Raum jeden Tag gleich gründlich, das folgt einem bestimmten Rhythmus.»

Bis auf die Fenster, die von einer externen Firma geputzt werden, ist Teresina Mazzei dafür zuständig, dass in ihrem Verantwortungsbereich alles sauber ist. Keine überquellenden Papierkörbe, keine Schlieren auf dem Linoleum und alles tipptopp paletti und sauber – dafür sorgt sie mit ihrem 30-Prozent-Pensum. «Mit den Büroleuten wechsele ich hie und da ein Wort, sie sind nett und auch recht ordentlich. Schwierig ist die Arbeit nicht, und ich weiss ja nach 20 Jahren, wie der Laden läuft.»

Staubsauger sei Dank

Einen richtigen Frühlingsputz gibt es im Stadthaus nicht mehr. Hier wird immer sauber gemacht. Genau so, wie es auch in Privat-

haushalten üblich ist – zumindest seit der Erfindung des Staubsaugers, der das Putzen einfacher gemacht hat. Allerdings erst, nachdem handliche Geräte entwickelt wurden: Der erste Staubsauger wurde 1876 von Anna und Melville Bissell gebastelt. Es soll sich um ein Gerät gehandelt haben, das auf einem Pferdewagen montiert war. Von dort wurde dann per Schlauch das Haus gereinigt. Das ist nun auch nicht grad bequem, und darum blieben die Schweizer Haushalte noch lange beim Teppichklopfer. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die praktischen Geräte salonfähig und bezahlbar.

Fitness inklusive

Dass Putzen einfacher geworden ist, bestätigt auch Teresina Mazzei. Der Staubsauger gehörte zwar schon seit immer zu ihrer Arbeit, aber gewisse Trends haben sich in der Schweiz verändert und machen ihr das Arbeitsleben einfacher. «Früher gab es überall Teppiche. Das ist zum Putzen viel aufwendiger als Holz- oder Steinböden, wie es übrigens in Italien schon immer üblich war. Jetzt trifft man auch hier immer weniger von diesen Staubfängern an.» Teresina Mazzei mag ihre Arbeit, einzig der Lift könnte etwas grösser sein. Wenn das Putzwägelchen mit allen Utensilien drinsteht, kann keine Person mehr mitfahren. «Darum schicke ich den Lift mit dem Wägelchen los, und ich laufe die Treppen in den fünften Stock zu Fuss rauf. Das gleicht andere Laster wieder aus», lacht Teresina Mazzei und erzählt, dass sie leidenschaftlich gerne kocht und natürlich auch isst. «Wie meine ganze Familie. Typisch Italienisch, kann man da wohl nur sagen.» Die Reinigungsfrau hat nicht nur ihre Liebe zu Ordnung und Sauberkeit an ihre

eigenen Kinder weitergegeben, sondern auch ihre Kochkünste. «Mein erwachsener Sohn hat mir schon als Kind gerne in die Töpfe geschaut. Er arbeitet heute als ausgebildeter Koch.»

Wurzeln geschlagen

Im Reinigungsteam der Stadtverwaltung sind rund zwölf Frauen in Teilzeit angestellt, fast alle mit ausländischen Wurzeln und aus verschiedensten Regionen der Welt. «Damit wir uns verstehen, sprechen wir Deutsch – ganz egal, wer welche Muttersprache hat. So lernen alle die Sprache viel schneller», sagt Frau Mazzei, die fliessend Deutsch spricht. Gelernt hat sie das in einem Kurs, bei der Arbeit und vor allem auch durch die Kinder.

Die Eltern von Teresina Mazzei gingen nach der Pensionierung zurück nach Kalabrien, das sei hart gewesen. «Wieder waren wir getrennt, meine Mutter und ich haben jeden Tag telefoniert, und in den Ferien besuchten wir sie.» Seit die Eltern gestorben sind, führen die Reisen seltener in die alte Heimat. «Es ist nicht mehr das Gleiche jetzt. Und ich und meine Familie, wir sind in der Schweiz daheim und wollen das auch bleiben.»

Christine Weber
Freie Journalistin

Der Frühlingsputz

Die Tradition des Frühlingsputzes hat sich erübrigt, denn die Ursache dafür fällt weg: Früher wurden die Häuser und Wohnungen mit Kohle und Holz beheizt. Das hinterliess Spuren auf den Böden und an den Wänden, der Rauch verschmutzte Vorhänge und Teppiche, die Kleider wurden in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es im Frühling wärmer wurde und die Heizperiode zu Ende ging, begann das grosse Reinemachen. Asche und Russ wurde der Garaus gemacht, die Fenster wurden geputzt und die Böden geschrubbt. Und das passierte meistens Ende Februar, was sich sogar aus dem Namen herauslesen lässt: Das Wort Februar stammt vom lateinischen «februae» und bedeutet «reinigen».

HOHE QUALITÄT DER PFLEGE SICHERN

Um die städtischen Heime und Alterssiedlungen für die Zukunft fit zu machen, möchte der Stadtrat sie auf 2015 aus der Stadtverwaltung ausgliedern und in eine gemeindeeigene, nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft überführen.



Um auf diese Herausforderungen angemessen und zeitgerecht reagieren zu können, brauchen auch die städtischen Heime und Alterssiedlungen in Zukunft mehr unternehmerischen Handlungsspielraum. Mit einer Verselbstständigung können Investitionen so geplant werden, dass sie nicht mehr in Konkurrenz zu anderen wichtigen städtischen Vorhaben wie Schulanlagen oder Strassenunterhalt stehen.

Steuerung bleibt bei Stadt

Bei einer Verselbstständigung in Form einer gemeindeeigenen, nicht gewinnorientierten Aktiengesellschaft (AG) bleiben die Heime und Alterssiedlungen weiterhin im Besitz der Stadt. Stadtrat und Grosser Stadtrat bestimmen die Eigentümerstrategie und das Beteiligungscontrolling. Der Stadtrat bildet die Generalversammlung und wählt den Verwaltungsrat der AG. Mit einer vergleichbaren Verselbstständigung von ewl und vbl im Jahr 2001 hat die Stadt bereits gute Erfahrungen gemacht. Es haben sich flexible, innovative Unternehmen entwickelt, die sich am Markt behaupten und neue Arbeitsplätze schaffen konnten.

Kein Alleingang Luzerns

Während gesamtschweizerisch zwei Drittel aller Pflegeheime privat getragen werden, wird die Mehrheit der Heime im Kanton Luzern heute noch öffentlich geführt. In den vergangenen Jahren haben allerdings bereits verschiedene Gemeinden den Schritt zur Verselbstständigung gemacht und damit gute Erfahrungen gesammelt. So wurden die Heime von Emmen und Hochdorf ebenfalls in gemeindeeigene AGs und die Heime von Wolhusen und Ruswil in öffentlich-rechtliche Anstalten übergeführt.

MB. Die Stadt Luzern verfügt heute über ein ausreichendes und qualitativ gutes Angebot an Pflegeplätzen. In den städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen stehen insgesamt 900 Plätze zur Verfügung. Hinzu kommen gut 400 Plätze in privaten Institutionen.

Neue Pflegefinanzierung

Das 2011 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Pflegefinanzierung regelt, dass alle pflegebedürftigen Personen nicht nur über die Krankenversicherungen, sondern neu auch über staatliche Beiträge unterstützt werden. Die Stadt Luzern zahlt seit dieser Regelung Beiträge von insgesamt rund 34 Millionen Franken pro Jahr an private und öffentliche Pflegeheime, an diverse Spitex-Organisationen und an freischaffende Pflegefachpersonen. Die Leistungen von privaten und öffentlichen Institutionen werden damit grundsätzlich gleich abgegolten. Dadurch wächst der Wettbewerb zwischen den Anbietern.

Sollen diese gleich lange Spiesse erhalten, braucht es für alle Anbieter vergleichbare Rahmenbedingungen.

Bedarf verändert sich

Der Stadtrat geht davon aus, dass die heutige Anzahl Pflegeplätze in Heimen für die Stadt Luzern bis 2030 ausreichen wird. Da die Mehrzahl der älteren Menschen heute möglichst lange und möglichst selbstständig im eigenen Haushalt leben möchte, wird sich der Bedarf jedoch verändern. Es wird vermehrt Entlastungs- und Übergangsangebote brauchen und Betreuungsangebote im Bereich «Wohnen mit Service». Durch die höhere Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt wird die Pflege am Lebensende stets anspruchsvoller. Gleichzeitig steigt der Mangel an gut ausgebildetem Pflegepersonal. Seit einigen Jahren nimmt auch die Zahl der Personen zu, welche Spezialpflege benötigen, wie ältere Suchtkranke oder Menschen mit Behinderung.

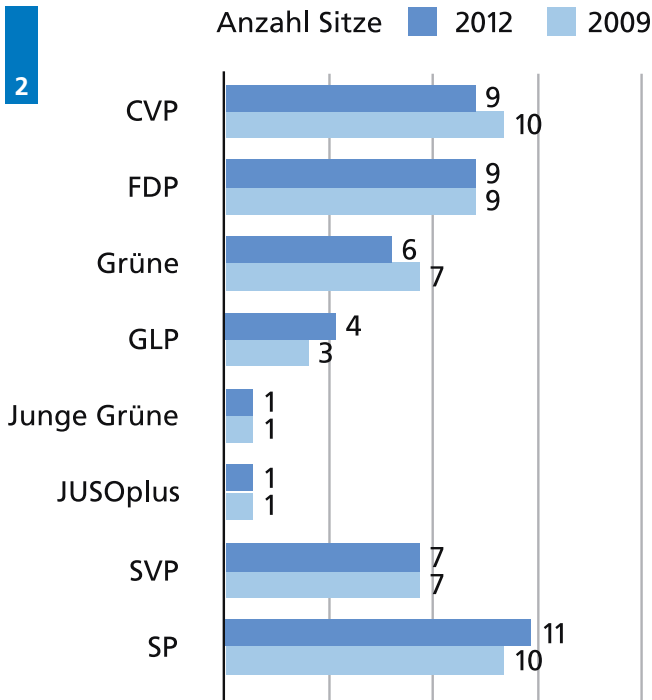
1 | Keine Abstriche bei der Qualität von Pflege und Betreuung – auch wenn die städtischen Altersinstitutionen verselbstständigt werden.

2 | Die Zusammensetzung des Grossen Stadtrates für die Legislatur 2012 bis 2016.
Grafik: Stadt Luzern

3 | Am 1. Juli 2012 wird hier zum letzten Mal geschwommen. Danach sollen im Hallenbad Ateliers, Werkräume, Studios für Training und Unterricht sowie Büros entstehen.
Foto: Hallenbad Luzern AG

STADTPRÄSIDIUM NOCH NICHT BESETZT

Die Stadt hat gewählt und die parteipolitischen Gewichte kaum verschoben. Zudem wurde das Budget 2012 angenommen und somit dem Referendum der SVP eine Abfuhr erteilt.



NZ. Bis zum 6. Mai konnte die Stadt Luzern nur Mittel freigeben, die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlich waren. Dies weil die SVP gegen den Voranschlag 2012 das Referendum ergriffen hatte. Das Budget 2012 der Stadt sieht ein Defizit von 11,4 Millionen

Franken vor, ohne Entnahmen aus Reserven hätte das Minus sogar 33,4 Millionen Franken betragen. Der Gesamtaufwand der Stadt Luzern für das laufende Jahr ist auf 747,7 Millionen Franken veranschlagt. Die Budgetlosigkeit bekamen auch Kulturorganisati-

onen, Sportvereine und weitere Partner der Stadt Luzern zu spüren. Sie mussten ohne städtische Beiträge über die ersten vier Monate des Jahres kommen. Dies ist nun vorbei: Die Stimmberechtigten haben den Voranschlag mit einem Ja-Stimmenanteil von über 80 Prozent gutgeheissen, die budgetierten Ausgaben können getätigt werden.

Zweiter Wahlgang

Im Zentrum des Interesses standen am 6. Mai natürlich die Wahlen in die Exekutive und Legislative der Stadt Luzern: Im ersten Wahlgang gewählt wurden Stefan Roth (CVP, bisher), Martin Merki (FDP, neu), Ursula Stämmer-Horst (SP, bisher) und Adrian Borgula (Grüne, neu). Für den fünften Sitz im Stadtrat und für das Stadtpräsidium ist ein zweiter Wahlgang notwendig. Er findet am 17. Juni statt.

Im Grossen Stadtrat haben sich die Gewichte kaum verschoben: SP/JUSO 12 (+1), CVP 9 (-1), FDP 9, SVP 7, Grüne / Junge Grüne 7 (-1), GLP 4 (+1).

Einwohnersprechstunde

Stadtpräsident Urs W. Studer öffnet zum letzten Mal seine Türen für die Bevölkerung. Die Einwohnersprechstunde wird rege genutzt; eine Anmeldung beim Sekretariat des Stadtpräsidenten ist deshalb erforderlich: Tel. 041 208 82 65

Termine:

15. Mai, 19. Juni, 10. Juli, 21. August
(jeweils 17 – 19 Uhr)

Ländlerbeiz

Bekannte Musikformationen und Ländlerkapellen spielen in den Betagtenzentren der Stadt Luzern. Die Konzerte finden jeweils am Sonntag von 14 bis 16 Uhr statt und sind öffentlich. Der Eintritt ist frei.

Termine:

3. Juni, Dreilinden Kapelle Elias Husistein
17. Juni, Rosenberg Kapelle Werner Fuchs und Edi Wallimann
1. Juli, Rosenberg Ländler-Wurlitzer
22. Juli, Eichhof Freizyt-Örgeler
19. August, Wesemlin Kapelle Geschwister Wigger
23. September, Eichhof Kapelle René Jakober



Im FUKA-Kiosk können Luzernerinnen und Luzerner regelmässig und kostenlos Kultur beziehen: Eintrittskarten für Veranstaltungen, Publikationen, CDs. Das Angebot wird jeweils im «Anzeiger Luzern» und auf der Internetseite www.fuka.stadtluern.ch publiziert.

Öffnungszeiten FUKA-Kiosk:

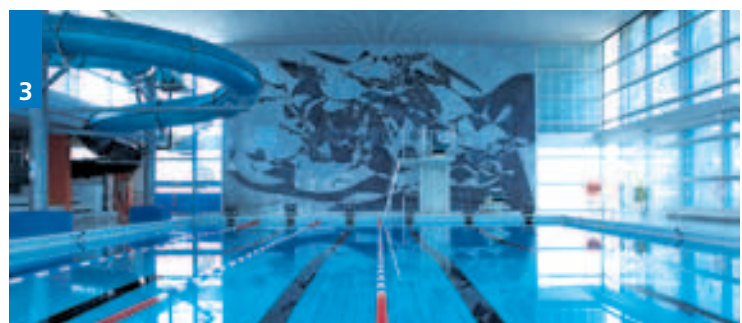
Mittwoch, 16. Mai 2012, 12 – 13 Uhr
Heiliggeistkapelle im Stadthauspark,
Eingang Hirschengraben 17b
www.fuka.stadtluern.ch

ZWISCHENNUTZUNG HALLENBAD BIREGG

Im Sommer wird das neue Hallenbad auf der Allmend eröffnet. Der Betrieb an der Bireggstrasse wird eingestellt. Das Hallenbad ist am 1. Juli 2012 zum letzten Mal geöffnet. Da es mindestens vier Jahre dauern wird, bis ein Projekt für die künftige Nutzung des Areals entwickelt ist, will der Stadtrat eine Zwischennutzung des Hallenbads ermöglichen. Gedacht wird an Ateliers, Werkräume, Studios für Training und Unterricht sowie Büros. Interessierte haben der Stadt bis 15. Juni 2012 ein Nutzungskonzept vorzulegen. Die Stadt verzichtet

auf eine Miete. Der Vertragspartner muss aber die Betriebs- und Nebenkosten von jährlich rund 100'000 Franken übernehmen.

www.ausschreibungen.stadtluern.ch



ERHOLUNG IM GRÜNEN MITTEN IN DER STADT

Gartensitzplätze tragen viel zur Lebensqualität in der Stadt bei und sind ein Fenster in die Natur. «Luzern grünt» strebt an, dass es mehr werden.



- 1 | Ob im eigenen Garten oder im gemeinsam genutzten Innenhof: «Luzern grünt» will städtische Oasen gezielt fördern.
- 2 | Unterwegs mit dem Elektro-Scooter und Ökostrom: flink, lautlos und klimaschonend. Foto: newride.ch
- 3 | Jörg Spöring (links), alt Stadtuhrmacher, und Remo Ronchetti, Präsident des Vereins Turmuhren im Zytturm, vor dem Zifferblatt der Rathausuhr. Foto: Priska Ketterer, Luzern

SM. Wo kann man sich besser vom Alltagsstress erholen als zu Hause im Grünen – seis im Garten, im begrünten Innenhof oder

auf dem Balkon? Wer seine grüne Oase naturnah anlegt und rücksichtsvoll pflegt, kann sich über eine reichhaltige Blüten- und Tierwelt freuen. Das kleine Paradies vor der Haustür wird zum Naturerlebnisraum.

Vielfältiges Angebot

«Luzern grünt» unterstützt die Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner mit einem vielfältigen Angebot: Im Kurs vom 23. Mai erfahren sie, wie ein für Mensch und Kleintiere attraktiver Gartenplatz angelegt und unterhalten wird. Die Exkursion am 13. Juni erlaubt einen Einblick in drei unterschiedliche Naturgärten an der Imfangstrasse. Weiterhin werden

gratis Wildsträucher abgeben. Kurzporträts mit Fotos zu den verschiedenen Arten finden sich im Internet. Abgerundet wird das Angebot durch kostenlose Beratungen vor Ort und finanzielle Unterstützung ökologischer Aufwertungen im Garten.

Kurs «Liegestuhl im Gartenparadies»
Mittwoch, 23. Mai 2012, 18–20.30 Uhr
Anmeldung bis 18. Mai beim öko-forum, Tel. 041 412 32 32

Exkursion «Im Garten Eden»
Mittwoch, 13. Juni 2012, 17.30–19 Uhr
Treffpunkt: Bushaltestelle Wartegg, vor Pfarreiheim Kirche St. Anton

www.luzerngruent.stadtluern.ch

UMSTEIGEN AUF ÖKOSTROM

Die Stadt Luzern lanciert zwei Förderangebote für den klimaschonenden Verkehr.

PW. Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr, das Velo oder zu Fuss gehen ist nicht immer möglich. Die Stadt Luzern fördert deshalb Elektro-Scooter, die – mit Ökostrom betrieben – das Klima schonen. Sie übernimmt 25 Pro-

zent des Kaufpreises eines Elektro-Scooters (bis maximal 2000 Franken). Zusätzlich bezahlt ewl den Aufpreis für Ökostrom für die ganze Lebensdauer des Rollers. Das Förderangebot gilt für Privatpersonen und Firmen mit (Wohn-)Sitz in der Stadt Luzern und ist limitiert.

Zudem erhalten Unternehmen, die sich für einen Firmenwagen mit Hybrid-, Elektro- oder Erdgas- / Biogasantrieb entscheiden, 1000 Franken an den umweltfreundlichen Treibstoff.

Elektro-Scooter-Testtag

Samstag, 16. Juni 2012, 10–16 Uhr
Mühlenplatz, Luzern
www.sauberfahren.stadtluern.ch



**LUZERN MIT
CLIMATE STAR
AUSGEZEICHNET**

Am 26. April 2012 hat das europäische Klimabündnis zum fünften Mal den «Climate Star» verliehen. Der internationale Preis zeichnet herausragende Aktivitäten im Klimaschutz aus und dokumentiert die Erfolge auf kommunaler Ebene.

Die Stadt Luzern zählt mit «Luzern packt's an» zu den diesjährigen Preisträgern. Stefan Gubser alias Tatort-Kommissar Reto Flückiger hielt mit seinem Statement «Energie verschwenden ist ein Verbrechen» die Bevölkerung zum sparsamen Umgang mit Energie an.

«Luzern packt's an» umfasst eine breite Palette von Massnahmen für bessere Luft und Klimaschutz. Alle sind aufgefordert, mit anzupacken. Der «Climate Star» ist Ansporn dazu.

www.climatestar.stadtluern.ch



DER ZYTTURM WIRD ZUM SCHAULAGER

Die Restaurierung des Zytturms ist abgeschlossen. Nun können im Innern alte Turmuhren besichtigt werden.



er das letzte mittelalterliche Amt Luzerns inne. Von 1961 bis 2011 hat er täglich die Zytturmuhren aufgezogen. 2011 übergab er das Amt seinem Sohn Martin.

Aus Vision wird Realität

Gemeinsam mit der Stiftung für die Erhaltung der Museggmauer und mit fachlicher Unterstützung von Jörg Spöring setzte Remo Ronchetti, Präsident des Vereins Turmuhren im Zytturm, die Vision einer Ausstellung um. Das Herzstück des Schaulagers bildet die Zytturmuhren. Um sie herum gruppieren sich acht weitere Turmuhren vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Das Zifferblatt der Rathausuhr von 1526 mit einem Durchmesser von fast fünf Metern kann aus nächster Nähe betrachtet werden. Ein raffiniertes Lichtkonzept und das rhythmische Ticken der Uhrwerke erzeugen eine spannende Atmosphäre. Wie die Museggmauer ist auch das Schaulager täglich von Karfreitag bis Allerheiligen öffentlich und kostenlos zugänglich.

SB. Bereits vor vierzig Jahren hatte Jörg Spöring die Vision einer permanenten Turmuhren-Ausstellung. Schon lange sammelte er alte Turmuhren. Seit Ostern sind sie in einer festen Ausstel-

lung im Zytturm der Museggmauer zu sehen.

Das Zytrichteramt

Als Stadtuhrmacher oder Zyttrichter, wie es früher hiess, hatte

VITAPARCOURS IN LITTAU ERNEUERT

Quartierverein und Anwohner hatten sich für den Erhalt des Vitaparcours im Zimmereggwald eingesetzt. Statt ihn wie geplant zurückzubauen, hat ihn deshalb die Stadt umfassend saniert. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten wurden neben dem Vitaparcours zudem zwei Grillstellen instand gestellt, neue Wege angelegt und neue Handläufe angebracht. Die Sanierung erfolgte durch die Stadtgärtnerei mit Kräften des Zivilschutzes und des Stadtforstamts und durch finanzielle Unterstützung der Albert Koechlin Stiftung.

EIN VELO FÜR 40 FRANKEN

An 60 Stationen stehen in Luzern über 200 Velos zur Ausleihe bereit. Die Nutzung ist ganz einfach: Automatische Kundenhotline anrufen oder SMS schreiben, Zahlencode erhalten und losfahren. Das Velo kann an einem beliebigen Standort zurückgegeben werden. Abgerechnet wird via Kreditkarte. Mit einem Saisonabonnement für 40 Franken kann Nextbike pro 24 Stunden zwei Stunden lang benutzt werden.

Registrierung und Informationen:

www.nextbike.ch/luzern

Kundenhotline: Tel. 041 50 80 800

MACHEN SIE IHR VELO FIT FÜR DEN SOMMER!

Die Stadt Luzern schenkt Ihnen einen Sicherheits-Check, damit Sie gut in die Velosaison starten. Fachleute überprüfen Ihr Velo kostenlos und beheben kleinere Mängel an Bremsen, Schaltung und Licht gleich vor Ort. Sie bezahlen nur das Ersatzmaterial, die Arbeit ist kostenlos für Sie. Während des Checks können Sie sich an verschiedenen Ständen informieren sowie an Attraktionen teilnehmen.

Sicherheits-Check für Velos:

Samstag, 26. Mai 2012, 11–16 Uhr

Bahnhofplatz, Luzern

Öffnungszeiten Sommerbars

Buvette Inseli:
Täglich 11.30–24 Uhr
(bei trockenem Wetter)

Volière beim Inseli:
Di–Fr 11.30–14 Uhr (mit Essen) und 17–24 Uhr,
Sa 11–24 Uhr,
So 16–24 Uhr

Ufshöttli-Strandbar:
Täglich 15–24 Uhr
(bei schönem Wetter)

Die Sommerbars sind bis Mitte September geöffnet.

Weitere Informationen:
www.sommerbars.stadtluzern.ch

